

tionelle Wohlstandsmodell der hochindustrialisierten Staaten an Grenzen stößt und nicht mehr in der Lage zu sein scheint, die Versprechen einzulösen, die die breite Akzeptanz dieses Wirtschaftsmodells sicherte. Damit steigt jedoch auch die Gefahr sozialer Instabilität, die sich wiederum negativ auf die Lebensqualität der Bundesrepublik auswirken könnte.

Es war nicht Aufgabe der Literaturstudie, ein geschlossenes Alternativprogramm vorzulegen. Vielmehr sollten Hinweise gegeben werden, in welche Richtung die Standortdebatte – die im Kern auch eine Zukunftsdebatte ist – gelenkt werden kann. Erforderlich ist es nämlich, die defensiven Positionen, die den Stand der erreichten sozialen und umweltpolitischen Fortschritte – bei allerdings zweifelhaften Erfolgsaussichten – verteidigen wollen, zu ergänzen und eigenständige Akzente in dieser Debatte zu setzen.

Verwiesen wird deshalb im abschließenden Kapitel 4 auf folgende Ansatzpunkte einer ökologisch verträglichen Industriepolitik:

- Verstärkte Nutzung der *Ressourcen* Information, Kommunikation und Innovation (Stichwort »Pro-aktive Umweltpolitik als Unternehmenspolitik«).
- Thematisierung der Zwecke des Wirtschaftens und Bildung von strategischen Allianzen (Stichwort »Funktionsorientierung«).
- Veränderung in der Wahrnehmung umweltpolitischer Aufgaben durch die staatliche Verwaltung mit dem Ziel einer vorsorgenden Prozeß- und Produktpolitik.
- Verstärkte Erforschung des regionalen und lokalen Bedingungsgefüges, in dem sich neue – umweltfreundliche – Produkte und Verfahren herausbilden können.
- Thematisierung und Erforschung der standörtlichen Chancen, die sich aus einer

Schließung von Stoffkreisläufen in den Regionen ergeben können.

- Thematisierung und Erforschung der Vorteile einer ökologischen Produktpolitik bezogen auf Branchen und Sektoren im Hinblick auf Anzahl und Qualität von Arbeitsplätzen, wie es in Ansätzen bereits in den Bereichen Rüstungskonversion- und Nahrungsmittelproduktion geschieht.

Bei den genannten Ansatzpunkten handelt es sich um solche, die Berührungspunkte zu traditionellen Handlungsfeldern gewerkschaftlicher Politik aufweisen und gleichzeitig auch Hinweise für Forschungsdefizite zur Fundierung der Forderung nach einem »sustainable development« bzw. »nachhaltigen Entwicklung« geben sollen.

Karin Robinet,
Hamburg

Die Standortdebatte – eine Nachbetrachtung

Folgt man den Konjunkturen medialer Aufmerksamkeit, dann könnte man meinen, die sogenannte Standortdebatte gehöre bereits der Vergangenheit an. Es existiert ein parteiübergreifender Konsens, wonach der Standort Deutschland durch Einfrieren der Löhne, Senkung der Lohnnebenkosten und der Steuer- und Abgabenbelastung, eine verbesserte Akzeptanz des technischen Fortschritts und Innovationsförderung von Schlüsseltechnologien gesichert werden soll. Graduelle Unterschiede, insbesondere hinsichtlich der sozialen Abfederung, ändern an diesem Ergebnis wohl kaum noch etwas. Die ökonomischen Argumente für den Umweltschutz haben in dieser Diskussion wenig Gehör gefunden. Die Hunde haben gebellt, aber die Karawane zieht weiter. Grund genug zu fragen, ob die Vertreter der Umweltpolitik den richtigen Standort in der Standortdebatte gewählt haben.

Die Umweltpolitik hat sich einmal mehr als Pausencrown zwischen Rezession und Prosperität herausgestellt. Nach der Devise »Atempause in der Umweltpolitik« wird sie von der Bühne gezerrt, wenn es keine Wachstumsgewinne mehr gibt, aus denen sie sich finanzieren ließe. Daran konnten auch solche Argumente wie die, wonach in dem Bereich des Umweltschutzes knapp 700.000 Menschen einen Arbeitsplatz gefunden haben und der Umweltmarkt einer der wenigen Wachstumsmärkte ist, wenig ändern.

Solche Argumente sind nicht falsch, aber mit ihnen wird in der öffentlichen Debatte offensichtlich nicht der richtige Ton angeschlagen, um für eine konsequente Fortsetzung der Umweltpolitik Mehrheiten zu werben. Die gegenwärtige Kostenbelastung der Unternehmen durch Umweltschutz ist zwar im großen und ganzen eine Marginalie im Vergleich zu anderen Kostenfaktoren; schon eine 3%-ige Lohnerhöhung in der Privatwirtschaft fällt gewichtiger aus als alle privaten Aufwendungen für den Umweltschutz pro Jahr zusammen – auch wenn Ausnahmen in einzelnen Branchen existieren. Letzten Endes zeigen solche Vergleiche aber nur, daß wir es mit einer hochgradig symbolischen Debatte zu tun haben, in der differenzierende Überlegungen wenig Gehör finden. Wenn das Gefühl vorherrscht, die ganze Kostenbelastung stimmt

nicht mehr, dann fallen Argumente über die Höhe der einzelnen Belastungsfaktoren kaum noch in's Gewicht.

Gleichwohl gilt sicherlich, daß im internationalen Wettbewerb 700.000 Arbeitsplätze in einem expandierenden Wachstumsmarkt ein Wettbewerbsnachteil sind, solange die Expansion der Umweltbranche im wesentlichen auf dem Vollzug staatlicher Umweltstandards beruht, die international und vor allem bei wichtigen Konkurrenten nicht oder nur auf dem Papier existieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist zwar nicht der umweltpolitische Musterknabe, als der er gemeinhin von Repräsentanten der Regierung auf internationalen Veranstaltungen präsentiert wird, aber im Vergleich zur osteuropäischen oder südostasiatischen Billigkonkurrenz tun sich die deutschen Verlierer des Strukturwandels wie etwa die Chemieindustrie oder der Automobilbau in der Tat schwer.

Denkbar wäre jedoch, einem solchen Umweltdumping durch Importsteuern zu begegnen und diese, um sich nicht den Vorwurf des Protektionismus einzuhandeln, für Zwecke einer umweltgerechten Produktion in die exportierenden Länder zurückzutransferieren. Daß solche Ideen keine Furore machen, vor allem nicht bei den Verbänden der betroffenen Industrien, zählt zu den vielen Merkwürdigkeiten der Standortdebatte.

Seltsam ist auch, auf welche Weise sich die Verfechter des Umweltschutzes ökonomischer Argumente bedienen, um für ihre Sache zu werben. Der Löwenanteil des Umweltmarktes in der Bundesrepublik entfällt auf Reparaturleistungen an der Umwelt. Sie sind sicher notwendig, aber ist es wirklich ein Erfolgsbeleg, wenn das Volumen dieses Marktes immer größer wird und dadurch die Zahl der Arbeitsplätze in dieser Branche der Wirtschaft ständig steigt? Niemand kommt auf den Gedanken, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen für politisch erstrebenswert zu halten, weil dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen werden und der Markt für medizinische Geräte sehr lukrativ ist. Gerade so wird aber argumentiert, wenn es um die Ausgaben im Bereich des Umweltschutzes geht.

Merkwürdig ist deshalb auch, daß das Argument der Kostenbelastung durch Umweltschutz nur zur Forderung nach einer Atempause in der Umweltpolitik geführt hat, die Debatte um eine ökonomisch effizientere Umweltpolitik aber kaum beflügeln konnte. Das wäre auch deshalb naheliegend gewesen, weil das Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Instrumenten der Umweltpolitik gleichermaßen alle Parteiprogramme wie Verbandsverlautbarungen schmückt. Das folgenlose Plädoyer für marktwirtschaftliche Instrumente dürfte wohl kaum darauf zurückzuführen sein, daß sich die jüngst aufgekommene Skepsis innerhalb der ökonomischen Zunft gegenüber der Lenkungswirkung solcher Instrumente bis zu den Protagonisten der politischen Debatte herumgesprochen hat. Vielmehr muß man annehmen, daß den meisten Industrievertretern der ordnungsrechtliche Spatz in der Hand lieber ist als die marktwirtschaftliche Taube auf dem Dach. Beim bundesdeutschen Vollzugsdefizit in der Umweltpolitik weiß man wenigstens, was man hat: es kann nur größer werden.

Solange die Umweltpolitik dem herkömmlichen politischen Strickmuster folgt, wird sie auch stets in der babylonischen Gefangenschaft des Konjunkturzyklus und der Staatsverschuldung bleiben. Wächst die Wirtschaft, ist sie finanzierbar, kommt die Krise, verdrängen Themen wie Arbeitsplätze und Einkommenssicherung die Umweltprobleme von der Hitliste der Sorgen der Bevölkerung. Im Ergebnis wird die Umweltpolitik einem politischen Konjunkturzyklus unterworfen, der sicher nicht zur ihrer Wirksamkeit beiträgt. Stop and Go ist als politische Devise der Umweltpolitik ebensowenig dienlich wie bei der staatlichen Konjunkturpolitik.

Gibt es Auswege aus der Konjunkturfalle?

Natürlich kann man sich vorstellen, daß mit dem nächsten Aufschwung umweltpolitisch dort weitergemacht wird, wo vor der Rezession aufgehört wurde. Einige Anzeichen deuten aber darauf hin, daß dies nicht ohne weiteres möglich sein wird. Die Wettbewerbssituation wird auf absehbare Zeit für wichtige Schlüsselbranchen in Deutschland schwierig bleiben. Das erreichte Niveau der Staatsverschuldung wird den Handlungsspielraum der öffentlichen Hände in Zukunft noch mehr begrenzen als bisher. Außerdem werden alte und neue ordnungsrechtliche Regelungen in der Umweltpolitik dem Vereinheitlichungspostulat innerhalb der EU unterworfen. Das hat und wird in Zukunft noch mehr für die nördlichen Länder zu einer Nivellierung nach unten führen, wenn es nicht gelingt, den ärmeren Ländern innerhalb der EU eine anspruchsvollere Umweltpolitik durch side-payments schmackhaft zu machen. Diese Gründe sprechen dafür, daß die Talfahrt der Umweltpolitik auch im Konjunkturaufschwung anhält, wenn es nicht gelingt, die erwünschte ökologische Lenkungswirkung erheblich kostengünstiger zu erreichen als bisher.

Viele denkbare Ansatzpunkte einer solchen Effizienzsteigerung stützen sich auf den Grundgedanken, daß der produktionsintegrierte Umweltschutz erheblich billiger ist als die nachträgliche Beseitigung der Umweltzerstörung oder Verschiebung von Umweltbelastungen von einem Umweltmedium in das andere. Diese These ist ubiquitär in der umweltpolitischen Diskussion und es gibt eine Vielzahl von Beispielen, die in diese Richtung deuten. Wissenschaftlich erhärtet ist sie in dieser Allgemeingültigkeit jedoch nicht, und das wäre dringend erforderlich, um die ökonomischen Unsicherheiten und damit auch die politischen Widerstände abzubauen, die sich bei einem umweltpolitischen Schwenk in diese Richtung zwangsläufig einstellen werden.

Ferner gilt es zu bedenken, daß der Staat wohl erst recht überfordert wäre, wollte er umweltpolitisch steuernd in die Produkt- und Prozeßgestaltung der Industrie eingreifen. Solche Steuerungsvorstellungen sind nicht nur ordnungspolitisch bedenklich, sie würden auch

unüberwindliche Widerstände gegen eine solche Orientierung der Umweltpolitik seitens der Industrie provozieren. Nichtsdestotrotz hat auch die Industrie ein vitales Eigeninteresse an der Verstärkung der Leitbilder ökologischer Wirtschaftens. Denn ökologische Optimierungsbemühungen von Produkten und Prozessen, die sich an dem jeweilig aktuellen umweltpolitischen Skandal orientieren, haben weder ökologisch noch ökonomisch Bestand.

In vielen Industriebranchen gibt es vorsichtige Bemühungen zwischen den jeweiligen Vertretern der Industrie und den Umweltschützern, miteinander ins Gespräch zu kommen, die sich in diesem Sinne nutzen lassen. Am bekanntesten sind vielleicht die chemiepolitischen Dialogbemühungen; ähnliche Beispiele gibt es in der Kunststoffindustrie (Ahrensburger Kreis), im Handel, bei den Banken usw. Umweltpolitisch sind diese Aktivitäten deshalb interessant, weil sie nicht nur dem Abbau wechselseitiger Berührungspunkte dienen, sondern auch einer konsensualen Verständigung über Prinzipien der ökologischen Optimierung und damit der Verstärkung der Umweltpolitik und der Berücksichtigung solcher Kriterien bei neuen Produktentwicklung und der Ausgestaltung von Produktionsprozessen.

Durchaus denkbar, daß der Staat solche Bemühungen durch eine gescheite Mediation und die gezieltere Technologieförderung als bisher fördern kann. Allerdings ist hier vor dem technologiepolitischen Erfolg die Einsicht erforderlich, daß die Umwelttechnologien, um die es gehen sollte, nicht unter den Begriff einer Basisinnovation fallen, bei der womöglich mit viel Geld in eine bestimmte Forschungsrichtung ein neuer Industriezweig aus der Taufe gehoben werden kann. Vielmehr dürften wir es bei ökologisch inspirierten Prozeß- und Produktinnovationen mit vielen kleinteiligen Innovationen zu tun haben, die eine sehr differenzierte Herangehensweise bei der Bewertung und Förderung verlangen.

Zu den effizienzsteigernden Maßnahmen zählt sicher auch die vermehrte Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz. Doch Vorsicht ist angebracht, denn schon manche gute Idee ist an der Überfrachtung mit Ansprüchen zugrunde gegangen. Dort, wo Ökosteuern auf ein ordnungspolitisch reguliertes Terrain stoßen, ist ihre Lenkungswirkung unsicher, und dort, wo ihre ökologische Lenkungswirkung eintritt, wird die Kompensation ihres rückläufigen Steueraufkommens durch Steuerermäßigungen bei anderen Steuern zu einer äußerst unsicheren Angelegenheit.

Ferner könnte die Einsicht beherzigt werden, daß der umweltpolitische Erfolg in viel stärkerem Maße von anderen Ressorts geprägt wird als dem eigentlichen Umweltressort. Wenn beispielsweise im Verkehrsressort die Weichen für den Ausbau des Individualverkehrs gestellt werden, dann könnten die CO₂-Minderungsprogramme des Umweltressorts rasch zu Makulatur werden. Ein anderes Beispiel sind die vielfälti-

gen Subventionen, die für die unterschiedlichsten Branchen ausgeschüttet werden und keiner ernsthaften Umweltverträglichkeitsprüfung standhalten würden.

War die Einrichtung von Umweltressorts auf Bundes- und Landesebene zunächst ein Fortschritt, um dem Thema überhaupt politisches Gewicht zu verschaffen, so droht nun die Verwandlung des Querschnittscharakters umweltpolitischer Probleme im Abschiebebahnhof der Umweltministerien in symbolischen Ersatzhandlungen, die ein Aktivitätsniveau vortäuschen, dem keine realen umweltpolitischen Veränderungen mehr entsprechen. Ist die gegenwärtige Organisation der Umweltpolitik einer forschungs- und technologiepolitischen Neuroorientierung und dem Querschnittscharakter ökologischer Probleme noch angemessen? Müssen die umweltpolitischen Spiegelreferate in den anderen Ressorts nur ein Schattendasein fristen? Warum beschäftigen sich die Bundes- und Landesämter für Umweltschutz vorzugsweise mit dem zähen Grabenkampf um alte und neue umweltpolitische Verordnungen und sind in der Technologiepolitik kaum wahrzunehmen? Das sind einige Fragen, die sich im Zuge einer Neuorientierung der Umweltpolitik förmlich aufdrängen.

Auch die umweltpolitische Debatte hat ihre Gesetzmäßigkeiten. Dazu zählen die wissenschaftlichen Konjunktoren, die einzelne Instrumente genießen, wenn am Schreibtisch das bemerkenswerte Resultat ermittelt wurde, daß ihre konsequente Anwendung mit einem Schlag die Mehrzahl der ökologischen Probleme lösen würde. Keine der hier angedeuteten Ideen, die allesamt nicht neu sind, kann für sich beanspruchen, eine Patentlösung zu sein. Ihnen gemeinsam ist allerdings die Vorstellung, daß der Staat gut daran täte, mehr als bisher die systemendogenen ökologischen Rationalitätsreserven zu mobilisieren anstatt eine überaus konjunkturanfällige und darüberhinaus immer kostspieligere externe Systemsteuerung zu betreiben. Ökoreparaturen wird es auch in Zukunft geben müssen – aber allein mit der Beseitigung ständig zunehmender Externalitäten ist der Staat überfordert, politisch, bürokratisch und finanziell.

Zur Umweltverträglichkeit der Wirtschaftspolitik

Zu den Eigentümlichkeiten der Standortdebatte zählen auch die Spielregeln der Diskussion, mit deren Hilfe der argumentative Erfolg gemessen wird. Umweltpolitik gilt als legitim, wenn sie nachweisen kann, daß sie Exportmärkte erschließt, Wachstumsmärkte stimuliert, Arbeitsplätze schafft und keine wettbewerbspolitischen Nachteile zeitigt. Gelingt der Nachweis nicht, ist es auch um die Legitimation der Umweltpolitik schlecht bestellt. In dem redlichen Bemühen, diesem Diskussionserfordernis Rechnung zu tragen, haben viele Vertreter der ökologischen Sache stillschweigend akzeptiert, daß

wirtschaftliche Prosperität die entscheidende Vorbedingung für Wohlfahrt ist.

Die deutsche »Standortdebatte« ist international keine singuläre Erscheinung. Wer den Blick über den nationalen Tellerrand erhebt, wird feststellen, daß solche und ähnliche Maßnahmen auf der gesellschaftspolitischen Agenda jeder entwickelten kapitalistischen Gesellschaft stehen. Teilweise gleichen sich die Programme wie ein Ei dem anderen. Man kann wohl nicht ernstlich bestreiten, daß eine Abkehr von dieser Orientierung mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bestraft wird. Aber wenn sich alle hochentwickelten Industrienationen im Prinzip der gleichen Therapie verschreiben, werden sie dann auch alle die ersehnten Früchte des materiellen Wohlstandes ernten?

Einige Zweifel sind angebracht. Der Weltmarkt ist sicher kein Nullsummenspiel, bei dem sich eine Nation nur auf Kosten einer anderen bereichern kann. Aber die ricardianische Idee der komparativen Kostenvorteile im internationalen Warenaustausch wird sich schwerlich realisieren lassen in einem internationalen Technologiewettbewerb, bei dem sich alle Lemminge über die gleichen Klippen stürzen wollen. Einige hochentwickelte Länder werden sich mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß kostspielige und staatlich geförderte Technologieinvestitionen durch schnellere Technologieentwicklung anderenorts schlagartig entwertet werden.

Ferner sind die Spielräume staatlicher Nachfragestimulierung eng geworden. Weder können

die USA ihr defecit-spending aus der Reagan-Ära wiederholen, noch ist eine weitere Aufblähung der Staatsverschuldung in Deutschland nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten machbar. Die zahlungsfähige Nachfrage wird weiter eingeschränkt durch die Therapie selbst. Wenn die Reallöhne mit dem Verweis auf die osteuropäische oder südasiatische Konkurrenz gedrückt werden, entfällt auch dieses konjunkturpolitische Stimulanz. Und schließlich ist auch das Geld- und Kreditsystem, dessen fortwährende internationale Aufblähung erheblich zur langandauernden Prosperität nach dem zweiten Weltkrieg beigetragen hat, vielleicht sogar der tiefere Grund für diese war, zu einem Risikofaktor geworden. Antiinflationäre Politik, die Bundesbank führt es in Deutschland vor, kann eine konjunkturelle Erholung jedoch erheblich erschweren.

Diesen Entwicklungen steht die Erweiterung des Weltmarktes gegenüber, vor allem durch die mittel- und osteuropäischen Länder und China. Zweifellos werden dem Export dadurch neue Perspektiven erschlossen. Aber vor dem wirtschaftspolitischen Erfolg steht die politische Stabilität. Und diese Exportchancen stehen unter dem Vorbehalt, daß die jeweiligen politischen Systeme hinreichend stabil bleiben, um verlässliche Handelsbeziehungen und Investitionsbedingungen zu gewährleisten.

Niemand kann seriös voraussagen, wie sich die zukünftige konjunkturelle Erholung ausnehmen wird. Aber das Versprechen auf Wohlfahrt als Folge von Wachstum ist unsicherer geworden

denn je. Kontinuierlich ansteigende Arbeitslosenzahlen über alle Konjunkturzyklen hinweg, die Reduktion sozialer Sicherungssysteme und Reallohnverluste schaffen schwerlich Akzeptanz für weitere Austerität-Maßnahmen.

Die Bereitschaft, sich ein kulturelles Grundmuster erfolgreicher kapitalistischer Krisenbewältigung zu eigen zu machen, wonach Anstrengung und Entbehrung die Vorbedingung sind für die Mehrung des Wohlstandes in der Zukunft, sinkt erkennbar. Schon Ehrhardt forderte, »wir müssen den Gürtel enger schnallen« – die Kohlsche Variation dieses Motivs, die Rede vom kollektiven Freizeitpark, verfängt offensichtlich nicht mehr so leicht wie Ehrhardts Worte aus den 50er Jahren. Die Schere zwischen Wachstum und Wohlstand hat sich zwischenzeitlich weit geöffnet. Man kann sich also auch fragen, warum sich die Umweltpolitik umweltpolitischen Fortschritt im Dienste zukünftigen Wirtschaftswachstums abhandeln lassen soll, wenn das Versprechen auf die angenehmen sozialen und ökologischen Folgen des Wachstums nurmehr für einen immer kleiner werdenden Personenkreis eingelöst wird. Vielleicht sollte sich auch die jetzige Wirtschaftspolitik fragen lassen, ob sie sozial- und umweltschädlich ist. Auch das wäre ein Standort in der Standortdebatte – und sicher nicht der schlechteste.

Stefan Zundel,
Berlin

Informationen aus dem IÖW und der VÖW

Personalien

Klaus Fichter hat nach einer Einarbeitungsphase nunmehr die Leitung und Koordination des Forschungsfeldes Ökologische Unternehmenspolitik von Jens Clausen übernommen. Das IÖW-Vorstandsmitglied Arnim v. Gleich hat zum 1. März eine Professur für Technikbewertung und Technikfolgenabschätzung an der Fachhochschule Hamburg angetreten. Sabine Spelthahn, VÖW-Vorsitzende, hat im April eine Professur für ökologische orientierte Unternehmenspolitik an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin angetreten. Kirsten Mintert ist seit März als VÖW-Praktikantin in der Berliner Geschäftsstelle tätig. Sie ist u. a. mit für die Vorbereitung der VÖW-Jahrestagung und die Koordination des VÖW-Studierendenkreises zuständig.

Projekte

Das IÖW erstellt derzeit ein Gutachten zum Thema *Privatisierung der Sanierungsgesellschaften im Braunkohletagebau* im Auftrag des Wirtschaftsministeriums des Landes Brandenburg. Weiterhin wird im Auftrag der GRÜNEN im Europaparlament eine *Transportkettenanalyse für Kartoffeln* durchgeführt. Es sollen u. a. die Verflechtungen von Produktions-, Verarbeitungs- und Konsumvorgängen untersucht und Möglichkeiten zur Schließung regionaler Kreisläufe aufgezeigt werden.

Das Forschungsvorhaben *Ökologisch verträgliche Mobilität in Stadtregionen* im BMFT-Förderschwerpunkt Ökologische Forschung in Stadtregionen und Industrielandschaften (Stadtökologie) wird zum 1. Mai beginnen. Gemeinsam mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie, Abt. Verkehr wird das IÖW dieses auf fünf Jahre angelegte Projekt leiten und koordinieren. Leitidee des Projektes ist eine Rückkopplung von verkehrserzeugenden Ursachen und stadtökologischen Wirkungen mit dem Ziel, Handlungsbedingungen und -Voraussetzungen für eine ökologisch verträgliche Gestaltung der Mobilität zu verbessern. Räumliche Untersuchungsschwerpunkte sind die Städte Bremen und Halle.

Praktikumsplatz

Das Heidelberger Regionalbüro des IÖW sucht für den Arbeitsbereich »Ökologische Produktpolitik« eine Praktikantin oder einen Praktikanten, die oder der ab Herbst dieses Jahres einige Monate im Regionalbüro mitarbeiten will. Ansprechpartner ist Frieder Rubik.

Publikationen

Im Informationsdienst Nr. 6/93 wurde die Studie *Chancen und Risiken ökologischer Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt* vorgestellt, die das IÖW zusammen mit dem Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat. Die Studie ist inzwischen von der Stiftung veröffentlicht worden

und kann über das Büro Sachsen-Anhalt der FES in Magdeburg bezogen werden.

Von Irene Schöne ist unter dem Titel *Wirtschaften in Schleswig-Holstein – Analysen und Perspektiven* ein Sammelband herausgegeben worden, zu dem auch einige IÖW-Mitarbeiter Beiträge beigesteuert haben. So findet sich darin ein Bericht von Jens Clausen und Heike Gallert über die Zwischenergebnisse des Ökocontrolling-Projektes für Kleinunternehmen, das vom IÖW im Auftrag des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministeriums durchgeführt wird, mit dem Titel »Ökocontrolling für Kleinunternehmen«.

Anderes

Auf Initiative von Anja Grothe-Senf (FHW Berlin) und dem IÖW haben sich am 16. April Vertreterinnen und Vertreter solcher Berliner Forschungsinstitute und Hochschulen getroffen, die sich mit Fragen ökologischer Unternehmenspolitik / Umweltmanagement beschäftigen (FU, TU, FHW, FHTW, IÖW, IZT). Nach einem Meinungsaustausch über Anforderungen und Möglichkeiten eines solchen Berliner Forums wurde beschlossen, sich zukünftig alle zwei Monate zu treffen. Ansprechpartner von Seiten des IÖW ist Klaus Fichter. Die Teilnahme des IÖW an der CeBIT- Sonderausstellung *Chance 2000 – Computer und Umwelt* kann als sehr positiv bewertet werden – das Interesse an der Arbeit des IÖW war sehr groß. Die Forschungsgruppe Ökologische Unternehmenspolitik, die sich auf der Messe vor allem präsentierte, konnte zahlreiche Fachkontakte knüpfen.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.